



AMERIKA/KOLUMBIEN - Friedensverhandlungen: Kirche fordert "Politik der Aussöhnung für einen dauerhaften Frieden"

Bogota (Fidesdienst) – Die katholische Kirche betont, dass eine wahre Aussöhnung und ein dauerhafter Frieden in Kolumbien "Lösungen in bestimmten Fragen, wie zum Beispiel die Landverteilung und die wirtschaftliche Entwicklung erfordern" und "Räume für die Vergebung in allen Teilen der Gesellschaft geschaffen werden müssen". Diese Prinzipien hält die Bischofskonferenz in einer 92-seitigen Veröffentlichung mit dem Titel "Vorschläge für die Aussöhnung und den Frieden in Kolumbien" fest, die am vergangenen 6. November vom Erzbischof von Bogota, Kardinal Rubén Salazar Gómez, vorgestellt wurde.

Die Veröffentlichung ist das Ergebnis von Beratungen die 2009 auf den Weg gebracht wurden und an denen Vertreter aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik beteiligt waren. In acht Punkten befasst sich die Veröffentlichung mit folgenden Themen: Politik der Aussöhnung und des Friedens; Recht auf ein würdiges Leben und einer gerechte Politik; ganzheitliche Agrarreform; Recht auf Bildung; Demokratie und Transparenz beim Umgang mit öffentlichen Geldern; Dezentralisierung und territoriale Entwicklung; nachhaltige Alternativen für die Produktion; Beteiligung der Bürger.

Unterdessen wurde am 7. November in Havanna der Text des zweiten Teils der Verhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und den Rebellen der FARC veröffentlicht: darin verpflichten sich die Rebellen zum Niederlegen der Waffen im Tausch gegen ein "Statut der Garantien" für die politische Opposition im Allgemeinen und "neue Bewegungen, die nach der Unterzeichnung des endgültigen Abkommens entstehen". Dabei sollen Möglichkeiten und Mittel für die Kommunikation geschaffen, institutionelle Reformen für die Gründung neuer politischer Partei auf den Weg gebracht und Garantien für die Transparenz bei Wahlen geleistet werden. In wenigen Tagen wird bei den Verhandlungen in Havanna die Debatte zum illegalen Drogenhandel auf der Tagesordnung stehen. Es folgen Verhandlungen für Schadenersatzzahlungen für die Opfer des Konflikts und die Planung eines Volksentscheids über die Schlussvereinbarungen. (CE) (Agenzia Fides, 08/11/2013)